

Antrag auf Erstellung der Bescheinigung gem. § 903 ZPO

(Bescheinigung zusätzlicher Freibeträge auf dem Pfändungsschutzkonto)

Ich bin Inhaber eines Pfändungsschutzkontos. Ich erhalte daher trotz Kontopfändung aus meinem Guthaben einen **Sockelbetrag je Kalendermonat** ohne weitere Nachweise von der Bank ausgezahlt. Ich möchte über weitere Beträge verfügen und beantrage daher, entsprechend der nachfolgenden Angaben, die Ausstellung einer **Bescheinigung zur Freigabe der Aufstockungsbeträge gemäß § 903 ZPO**.

Name: --		Vorname:	
Anschrift:		Geb.-Datum:	
		Telefon:	
		Mobil:	
☐ Zum jetzigen Zeitpunkt gewähre ich folgenden Personen Unterhalt. Entsprechende Nachweise füge ich bei.			
Name (falls abweichend), Vorname, Geburtsdatum	Verwandschafts-verhältnis	Art des geleisteten Unterhalts	Ich beziehe kindbezogene Leistungen für diese Person (z.B. Kindergeld, ALG II)
		☐ Naturalunterhalt	☐ Nein
		☐ Barunterhalt in Höhe von €/Monat	☐ Ja, und zwar
		☐ Naturalunterhalt	☐ Nein
		☐ Barunterhalt in Höhe von€/Monat	☐ Ja, und zwar
		☐ Naturalunterhalt	☐ Nein
		☐ Barunterhalt in Höhe von€/Monat	☐ Ja, und zwar
		☐ Naturalunterhalt	☐ Nein
		☐ Barunterhalt in Höhe von€/Monat	☐ Ja, und zwar
		☐ Naturalunterhalt	☐ Nein
		☐ Barunterhalt in Höhe von€/Monat	☐ Ja, und zwar
☐ Ich nehme für die o.g. Person(en) Nr (n). als Vertreter der Bedarfsgemeinschaft Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII auf meinem Konto entgegen. Der Bescheid ist beigelegt.			
☐ Ich beziehe Geldleistungen zum Ausgleich des durch einen Körper oder Gesundheitsschaden bedingten Mehraufwandes. Der Bescheid ist beigelegt.			
☐ Ich erwarte die Zahlung einer einmaligen Sozialleistung auf das o.g. Konto. Der Nachweis ist beigelegt.			
☐ Weitergehende Anlagen werden auf dem Ergänzungsblatt beigelegt.			

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Bitte beachten Sie: Die Erteilung der Bescheinigung erfolgt kostenlos. Die Haftung der geeigneten Stelle beschränkt sich daher bei Unrichtigkeit auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Erteilung der Bescheinigung.

Mir ist bekannt, dass:

- > ich nur ein P-Konto führen darf
- > mir die Beratungsstelle nur zweifelsfrei nachgewiesene Sachverhalte bescheinigen kann
- > aufgrund der gesetzlichen Vorgaben die pfändungsfreien Beträge in einer Reihe von Fällen nicht im vol-
lem Umfang bescheinigt werden können
- > in diesen Fällen eine weitergehende Freigabe nur durch das Vollstreckungsgericht bzw. die vollstre-
ckende Behörde erfolgen kann.

Ich versichere, alle Angaben wahrheitsgemäß und nach bestem Wissen gemacht zu haben.

**Mir ist bekannt, dass mir bei vorsätzlich falschen Angaben der Verlust des Pfän-
dungsschutzes sowie u.U. strafrechtliche Konsequenzen drohen.**

Einwilligungserklärung Datenschutz und Datenweitergabe

Ich willige ein, dass die von mir in diesem Erhebungsbogen angegebenen Daten durch die Schuldner- und Insol-
venzberatungsstelle zum Zweck der Erstellung und des Nachweises der Bescheinigung gem. § 850k Abs. 5 S. 2 ZPO
im gesetzlichen Umfang gespeichert, verarbeitet und archiviert werden dürfen.

Alle Fachkolleginnen und Fachkollegen der Abteilung können diese Daten einsehen.

Diese Daten werden nicht an Dritte weitergegeben.

Zeitliche Gültigkeit:

Die erhobenen Daten werden nach Beendigung der Schuldnerberatung oder bei Widerruf der Einwilligung unter
Berücksichtigung von Datenschutzbestimmungen und Archivierungsfristen gelöscht. Die genauen Fristen kann ich
erfragen. I.d.R. betragen diese 10 Jahre.

Widerrufsmöglichkeit:

Ich unterschreibe diese Erklärung freiwillig und kann diese jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Der
oben genannte Rechtshintergrund wurde mir erläutert. Die Daten werden gelöscht bzw. gesperrt, soweit dem
nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

Ort, Datum, Unterschrift